

Gemeinsam für Deutschland

Der Dritte Aktionstag am 31. Mai 2025

Karlsruher Netzwerk gegen Rechts
ka-gegen-rechts.de/dossiers (Dossier 194)

Gemeinsam für Deutschland waren nach dem Franchising-Prinzip aufgebaut: Es gab eine Bundesorga, basierend auf der *Bürgerinitiative Norddeutschland*, die einen politischen Rahmen definierte, in den sich (bereits bestehende) lokale Protestbewegungen als Ortsgruppen dann einordnen konnten (vgl. Dossier 193a).

Das zentrale Problem dabei war der Umgang der Ortsgruppen mit organisierten Rechtsradikalen, die sich in szenetypischer Kleidung & szenetypischem Gehabe auf den Demos einfanden.

Am 26. April 2025, beim Zweiten Aktionstag von *Gemeinsam für Deutschland*, hatte es in 22 Städten in allen 16 Bundesländern Demos gegeben. Die Resonanz insgesamt war eher mau gewesen, und organisierte Rechtsradikale waren in der Regel die Ausnahme gewesen - allerdings nicht in Berlin oder Weimar, wo sie das Demogeschehen prägten.

Borkener Zeitung

26.04.2025

Hunderte protestieren in Berlin gegen rechte Demonstration

Erneut kommt es zu bundesweiten Demos des Bündnisses „Gemeinsam für Deutschland“. In Berlin bleibt der Aufmarsch eher klein und wird von Rechten dominiert.

Freistaat
Thüringen

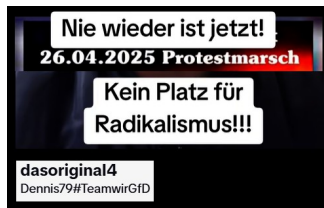


Protest gegen rechte Demonstration in Weimar

26.04.2025

Das neue Protestbündnis «Gemeinsam für Deutschland» hat am Samstag deutschlandweit zu Demonstrationen aufgerufen. Bei deren Kundgebung auf dem Weimarer Theaterplatz hatten sich laut Polizei rund 1.100 Menschen versammelt. Zu den Rednern des rechten Spektrums gehörten auch der thüringenweit bekannte Geraer Rechtsextremist Christian Klar.

Bundeorga-Chef "Dennis" hatte sich daraufhin in einem TikTok-Video distanziert und Maßnahmen angekündigt:



Nachdem ich jetzt einige Videos gesichtet habe von [unseren] Demos gestern, gibt's jetzt eine ganz klare Ansage an unsere rechtsradikalen Teilnehmer: „Zollern-Jugend, Deutscher Störtrupp und wie ihr euch nennt. Alle unsere Orgas sind ab der nächsten Demo dazu angehalten, [wenn ihr auftaucht] die Demo für beendet zu erklären und warum. Leider sind wir gezwungen, euch mitmarschieren zu lassen, so lange ihr keine verbotenen Symboliken zeigt oder Straftaten begeht. Aber wir entscheiden, wann wir die Demo für beendet erklären. Und ich verzichte lieber auf einen Marsch, als mit euch Seite an Seite zu gehen. Wir sind nicht rechtsradikal, wir sind die Mitte der Gesellschaft. Ihr werden bei uns keine Bühne bekommen. Und ich werde in Zukunft Teams austauschen, die sich nicht an diesen Codex halten. Das, was [beim Zweiten Aktionstag] passiert ist, wird sich nicht wiederholen

Die Ortsgruppen in Karlsruhe (*Grundrechte jetzt*), wo organisierte Rechtsradikale am 26. April keine Rolle gespielt hatten, und Weimar (Freies Thüringen), die ihrerseits dem rechtsextremen Milieu zuzuordnen ist, waren – aus unterschiedlichen Gründen – damit nicht wirklich einverstanden.

Grundrechte.jetzt.

4. Mai 2025

Friedens-Demo Gemeinsam für Deutschland
in Berlin 26. April 2025.

Jeder, welcher bereits 1981 im Bonner Hofgarten gegen den NATO Doppelbeschluss und für Frieden demonstriert hat, muss massive Bauchschmerzen bekommen, wenn man die Teilnehmer sieht, die an dieser Demonstration teilnehmen.

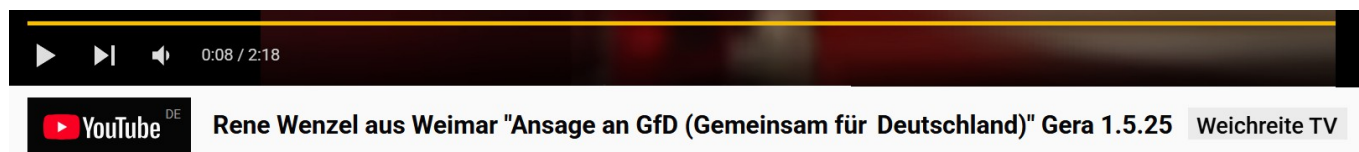
Jeder Friedensaktivist aus der Ostermarschbewegung muss sich angesichts dieser Bilder von klaren rechtsradikalen Parolen distanzieren.

Ein Gegenargument ist: wenn sich Rechtsradikale auf einmal für Frieden und gegen Krieg aussprechen, dann gefällt mir dies wesentlich besser, als wenn sich Rechtsradikale in Treue zu ihrer Tradition für Krieg aussprechen.

Wir werden die Rechtsradikalen in Deutschland nicht weg bekommen und ein Rechtsradikaler der gegen Krieg und für ein friedliches Miteinander mit Russland ist, ist mir allemal lieber als ein Rechtsradikaler der in Tradition der Rechtsradikalen mit Panzern gegen Moskau rollen möchte.

Eine durchaus sehr schwierige Situation. Die neue Friedensbewegung muss verdammt aufpassen nicht von Rechtsradikalen instrumentalisiert zu werden, darf gleichzeitig nicht spalten und ausgrenzen. Keine leichte Aufgabe und ein politische Gratwanderung.

Rene Wenzel, Chef der *Freien Thüringer*, sprach am 1. Mai 2025 in Gera, wo er am 22. März 2025 im Rahmen des Ersten Aktionstags an der Orga beteiligt gewesen war. Beim Zweiten Aktionstag am 26. April 2025 war er Chef der Ortsgruppe Weimar gewesen.



Was in den letzten Tagen vorgefallen ist, zeigt, dass die Spaltung im Widerstand extrem vorangeschritten ist: Am 22. März 2025 war die erste Runde des bundesweiten Protestes Gemeinsam für Deutschland. Für Thüringen war sie hier in Gera. Die zweite Runde [am 26. April 2025] in Weimar. Doch [bei der Vorbereitung hieß es seitens der Bundesorga zu mir]: "Denkt daran, wir wollen keine Parteifahnen und wollen das alles parteilos halten. Sagt denen, die mit Parteifahnen kommen oder mit Schwarzweißbrot, sie mögen sie bitte einpacken". Für uns Weimarer aber war klar, wir machen da nicht mit. [Wenn mich auf der Demo in Weimar jemand fragte], dem sagte ich ganz klar: "Es ist mir scheißegal welche Fahne du hast, pack sie aus. In Weimar wurde ein Zeichen gesetzt für Gemeinsamkeit und Zusammenhalt: Ob Friedensfahne, ob AfD-Fahne, ob Heimatfahne, ob Der-Störtrupp-Logo. Alle standen zusammen und sorgten dafür, dass [am 26. April 2025 in Weimar] der größte Protest in Deutschland war. Nicht Berlin, nicht Rostock, nicht München oder sonst eine Stadt war erfolgreich wie Weimar.

Überall in Deutschland wo die Fahnen und Logos [am 26. April] verboten wurden, haben sich die Proteste [vergleichen mit dem 22. März] nahezu halbiert. Aber Dennis [begann] ein Gehetze und Gespalte: "All diese Rechten auf den Demos mit ihren Fahnen sind schuld, dass so wenig Leute kommen, die Presse stellt uns jetzt in die rechte Ecke Blablabla, dieser ganze ganze Schwafel von Müll: Dennis, du distanzierst dich von uns. Und ich sage dir: Wir in Thüringen distanzieren uns ganz deutlich von dir. Unser Widerstand braucht dich nicht und hat dich niemals gebraucht.

Beim Dritten Aktionstag von *Gemeinsam für Deutschland* am 31. Mai 2025 agierten *Grundrechte jetzt* und die *Freien Thüringer* nicht mehr als Ortsgruppen.

Grundrechte jetzt erwähnten den Dritten Aktionstag in ihrem telegram-Kanal weder davor noch danach – und den Zweiten Aktionstag, an dem sie als Karlsruher Ortsgruppe von Gemeinsam für Deutschland teilnahmen, hatten sie im Vorfeld zwar fleißig beworben, aber dann keine Berichte oder Nachbetrachtungen folgen lassen. Es ist also davon auszugehen, dass man sich Anfang Mai im Unfrieden von „Dennis“ und *Gemeinsam für Deutschland* getrennt hatte.

Gemeinsam für Deutschland am 6. und 7. Mai 2025 in Berlin

Zwischen dem Zweiten und Dritten Aktionstag von Gemeinsam für Deutschland lag eine 28-Stunden-Mahnwache in Sichtweite zum Berliner Reichstag anlässlich der Wahl von Friedrich Merz zum Bundeskanzler. Ab dem 6. Mai 2025 8 Uhr.



Wie (von außerhalb der Bubble) erwartet, fanden sich, inklusive Orgateam und FreundInnen, nicht mehr als 100 Personen auf einem selbst dafür zu großen Grünsteifen ein. Als Trostpreis erhielten sie das Scheitern von Friedrich Merz im ersten Wahlgang mit 310 von 630 Stimmen: Also deren 6 zu wenig. Die Koalition aus Union und SPD zählte seinerzeit 328 Abgeordnete. Der zweite Wahlgang, ebenfalls in geheimer Abstimmung, fand, wenige Stunden später, bereits am Nachmittag statt: Und diesmal klappte es, mit herbeigezauberten 15 Ja-Stimmen mehr.

t. T-Online	H Handelsblatt	M Berliner Morgenpost	S Spiegel
Paukenschlag bei Kanzlerwahl: Merz scheitert im ersten Wahlgang	Kanzlerwahl: Wahlgang von Friedrich Merz endet im Fiasko – Jubel bei AfD	Merz scheitert++ Söder zieht Weimar-Vergleich++	Kanzlerwahl News: Friedrich Merz im zweiten Wahlgang zum Bundeskanzler gewählt

Grundrechte.jetzt.
Forwarded from Sahras offizieller Infokanal

Friedrich Merz, der bisher größte Wahlbetrüger in der Geschichte der Bundesrepublik, wollte Kanzler werden. Jetzt hat er noch nicht einmal das geschafft. Der Mann, der Taurus-Raketen nach Moskau schießen und uns mit irren Aufrüstungsschulden kriegstüchtig machen will, der die Klimaneutralität bis 2045 ins Grundgesetz schreiben ließ und in den meisten Fragen keine Linie, kein Rückgrat und keinen politischen Kompass hat: Friedrich Merz kann es einfach nicht und sollte daraus die Konsequenzen ziehen.

Es ist offensichtlich: Diese schwarz-rote Aufrüstungskalition ist eine Totgeburt. Dazu kommt, dass eine Koalition aus Union und SPD sehr wahrscheinlich sowieso keine demokratische Legitimation hat, da das BSW bei korrekter Auszählung der Stimmen ziemlich sicher im Bundestag vertreten wäre. Kurzum: Es wäre ein guter Tag für Deutschland, wenn es dabei bliebe und Friedrich Merz kein Bundeskanzler würde.

t.me/grundrechte_jetzt/10953 May 6 at 14:42

Grundrechte jetzt kommentierten via Sahra Wagenknecht und deren fundamentalen Bedenken zu Friedrich Merz sowie einem Professor Rieck inklusive und dessen Verweise auf vermeintliche 'Unvereinbarkeitsbeschlüsse' und 'Brandmauern'.

Grundrechte.jetzt.

YouTube
Merz mit den Stimmen der Linken gewählt / Grüne stimmen gemeinsam mit AfD - Prof. Rieck

t.me/grundrechte_jetzt/10956 May 6 at 20:08

Zentrale Themen des Dritten Aktionstages am 31. Mai 2025

Migration und Ukrainekrieg waren im Mai 2025 zwei zentrale Themen innerhalb der patriotischen Bürgerprotest-Bewegung, zu der *Gemeinsam für Deutschland* und *Grundrechte Jetzt* zählten. Aktuelle Themen waren hier der Koalitionsvertrag der am 7. Mai vereidigten neuen Bundesregierung (aus *Union* und *SPD*) sowie das (positive) Verhältnis von Friedrich Merz zur Lieferung von Taurus-Raketen an die Ukraine. Im Koalitionsvertrag konnte die *CDU* sich mit ihrem Wahlkampfversprechen über ein „faktisches Einreiseverbot für Menschen ohne gültige Einreisepapiere“ (also auch für auf dem Landweg einreisende Asylsuchende und Menschen ohne Ausweispapiere) nicht durchsetzen – was in der Bürgerprotest-Szene mit viel Häme als Wortbruch interpretiert worden war sowie als weiterer Beleg für die Notwendigkeit der *AfD*. Und am 8. Mai, an seinem ersten Arbeitstag als Bundesinnenminister, begann Alexander Dobrindt mit den „Zurückweisungen“ ... Letztlich aber blieb es bei einer Aufweichung der *CDU*-Wahlversprechen hinsichtlich Migration: Einen „Asyl-Stopp ab SOFORT“ gab es nicht ... wie Tage später deutlich wurde.

Historisch: Diese Unterschrift beendet Merkels Grenz-Politik!



8. Mai 2025

Asyl-Stopp ab SOFORT • Verstärkung ausgerückt • Macron: Auch Frankreich will Grenzen schützen

LTO Legal Tribune Online **Zurückweisung von Asylsuchenden** 08.05.2025

Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) hat die Zurückweisung der meisten Asylsuchenden an der Grenze angeordnet. Nur vulnerable Asylsuchende, insbesondere Kinder und Schwangere, sollen noch nach Deutschland einreisen dürfen. Dobrindt nahm eine Weisung des damaligen Innenministers de Maizière (CDU) von 2015 zurück, wonach die Bundespolizei bei Grenzkontrollen Asylsuchende einreisen lassen muss.



tagesschau

KOMMENTAR Migrationskurs 08.05.2025

Dobrindt hat nicht aus seinen Fehlern gelernt

Nur wenige Stunden nach seinem Einzug im Ministerium, hat Dobrindt bereits verkündet, dass ab sofort auch Schutzsuchenden die Einreise verweigert werden kann. Kann - und das ist das Problem. Die Weisung an die Bundespolizei ist vage. Letztlich liegt es, nimmt man den Bescheid beim Wort, im Ermessen der Bundespolizei, wer einreisen darf und wer nicht. Doch wie soll das in der Praxis umgesetzt werden? Was bedeutet es, wenn an einem Grenzübergang vielleicht anders verfahren wird als am nächsten? Der Verdacht drängt sich auf: Dobrindt und Merz hoffen darauf, dass es eine Weile dauern wird, bis sich Betroffene finden, die klagen. Und dann noch mal eine Weile, bis es Gerichtsentscheide gibt... und dann mal sehen.

Zoff um Zurückweisungen

Bauchschmerzen in der SPD wegen Grenz-Befehl



9. Mai 2025

Die Tinte unter dem schwarz-roten Koalitionsvertrag ist noch nicht ganz trocken – und schon gibt es Zoff. Auslöser ist die Zurückweisung Asylsuchender an unseren Grenzen – ein Streit mit Ansage!

Die SPD ist auf der Zinne: Fraktionsvize Sonja Eichwede (37), selbst gelernte Richterin, betont im „Deutschlandfunk“, dass die „Pläne erst mal juristisch angeguckt werden müssen“. Denn: Zwar habe Innenminister Alexander Dobrindt die Weisung aus der Merkel-Ära (September 2015) zurückgezogen. Es handle sich jedoch um „die Rücknahme einer Weisung (...) und um die Möglichkeit, zurückweisen zu können“. Aus Sicht der SPD habe Dobrindt damit „den Ermessensspielraum“ der Bundespolizisten an den deutschen Grenzen „geweitet“, aber eben „keine Weisung erteilt, dass sie zurückweisen sollen“.

Die SPD gehe daher weiter davon aus, dass Zurückweisungen von Asylgesuchen „rechtlich nicht zulässig“ und „europarechtswidrig“ seien, und „dass die Beamten (...) das weiterhin nicht tun werden“. Auch Polens Premier Donald Tusk (68) habe „sehr deutlich gesagt: Für Polen ist das nicht akzeptabel“. Man müsse, um gerichtsfest zu handeln, auf die Europäische Lösung warten, auf das Gemeinsame Asylsystem der EU (GEAS). Das Grundrecht auf Asyl dürfe weiterhin „nicht in Frage gestellt werden“.



"Niemand hat eine Notlage ausgerufen": Merz dementiert Grenzverschärfung

9. Mai 2025

Bundeskanzler Friedrich Merz hat Berichte zu Ausrufen eines Notstands wegen Migration zurückgewiesen. "Es hat niemand in der Bundesregierung, auch ich persönlich nicht, eine Notlage ausgerufen", so Merz laut "Bild". Zuvor hatte die „Welt“ am Vortag berichtet, dass die Bundesregierung die Ausrufung einer Notlage nach Artikel 72 des EU-Vertrags plane. Solche Notlagen können bei Gefahr für die innere Sicherheit den Staaten Sonderrechte einräumen [wie etwa Zurückweisungen an den Grenzen]. Dennoch habe man jetzt die Grenzkontrollen intensiviert. Merz verglich dies in etwa mit der Situation während der Fußball-EM 2024.

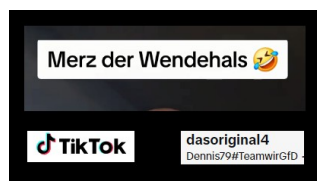
SZ

Wie sich Merz und Dobrindt in die Asyl-Klemme bringen

10. Mai 2025

Notlage ausrufen, oder nicht? Der Bundeskanzler und der Innenminister widersprechen sich bei den geplanten schärferen Grenzkontrollen. Strauchelt Merz beim nächsten Wahlversprechen?

Am 9. Mai kommentierte *Gemeinsam-für-Deutschland*-Chef 'Dennis':



Unser Bundeskanzler Merz hat ganz großkotzig den Notstand ausgerufen, wegen der Migration. Und dann nur wenige Stunden später dementiert. [Und] der Dobrindt hat doch jetzt angekündigt, die Grenzen zu sichern ... und Zack: Wieder nichts. Aber, wer von euch hat den allen Ernstes damit gerechnet, dass der das durchzieht? Weil das wäre ein Bruch mit dem Koalitionsvertrag. Da steht [nämlich] drin, dass es weitergeht mit der Migration, mit der Einwanderungspolitik. Da steht nicht drin, dass sie die Grenzen sichern wollen. Im Gegenteil. Denn die SPD lehnt das strikt ab. Das war ja einer der Grundpfeiler, dass die überhaupt eine Koalition bilden konnten.

Am 11. Mai 2025 dann, nur drei Tage nach dem von der *Bild*-Zeitung verkündeten Asyl-Stopp, war das Chaos perfekt: Polizeigewerkschaften (mit Verweis auf Alexander Dobrindt) und Markus Söder widersprachen den Darstellungen Friedrich Merz' über das Vorgehen an den Grenzen: Parallel war die *AfD* im Umfrageaufwind



Bundespolizisten widersprechen Kanzler Merz

10. Mai 2025

Das Wirrwarr um Zurückweisungen von Flüchtlingen an deutschen Grenzen wird immer größer. Jetzt widersprechen Bundespolizisten Kanzler Friedrich Merz.

Bei der EM wiesen Polizisten nur Migranten zurück, die nicht Asyl sagten. Doch diese Grenz-Praxis hat sich seit Mittwoch erheblich verschärft! Andreas Roßkopf, Chef der Polizeigewerkschaft GdP, Bereich Bundespolizei: „Unsere Kollegen werden jeden Asyl- und Schutzersuchenden zurückweisen, außer Schwangere, Kranke, unbegleitete Minderjährige. Die Weisung des Bundesinnenministers ist für die Beamten an der Grenze bindend.“ Auch Heiko Teggatz von der deutschen Polizeigewerkschaft bestätigte, dass die Beamten ab jetzt alle Flüchtlinge – mit Ausnahme von besonders verwundbaren Personen – ins Nachbarland zurückschicken. Die Weisung „schreibt Zurückweisungen zwingend vor“. Doch warum erweckt Merz den Eindruck, dass es an deutschen Grenzen gar nicht so hart zugeht? Offenbar, um die SPD zu beruhigen. Laut EU-Recht müssen Asylbewerber erst mal ins Land gelassen und ihr Anspruch geprüft werden. Diese europäische Regelung kann die Bundesregierung mit Artikel 72 der EU-Verträge aushebeln und stattdessen nationale Gesetze anwenden. Doch dafür muss sie zuvor eine Notlage feststellen. Die SPD lehnt die Feststellung der Notlage kategorisch ab.



tagesschau

Söder rechtfertigt Grenzkontrollen

"Nachbarn werden das am Ende akzeptieren"

11.05.2025

Beim Thema Migration habe "seit vielen Jahren eine europäische Unordnung" geherrscht. Der CSU-Vorsitzende stellt sich klar hinter die verschärften Grenzkontrollen. Über deren "Details" wolle Deutschland nun schnellstmöglich mit seinen europäischen Partnern reden. Insgesamt wurden [vom 8. bis 9. Mai] laut Bundespolizei insgesamt 365 unerlaubte Einreisen registriert und 286 Migranten zurückgewiesen. Hauptgründe für Zurückweisungen waren fehlende Visa, fehlende oder gefälschte Dokumente oder Einreisesperren.



Merkur.de

Zurückweisungen im Reisebus

11.05.2025

Im Zuge der schärferen Grenzkontrollen hat es erste Zurückweisungen von Asylsuchenden nach Luxemburg gegeben. Es handele sich um vier afghanische Staatsangehörige, die aus Luxemburg eingereist waren, teilte die Bundespolizei Trier mit. Die beiden Frauen und beiden Männer hätten zuvor bereits Asylgesuche in Griechenland gestellt. Die vier seien am Hauptbahnhof Trier bei der Kontrolle eines Reisebusses entdeckt worden. Sie seien in Absprache mit der Polizei in Luxemburg zurückgewiesen worden.

Schwaebische.de

AfD überholt erstmals die Grünen in Baden-Württemberg
10. Mai 2025

Augsburger Allgemeine

Bayern-Monitor:
Sonntagsfrage in Bayern: AfD feiert historisches Umfrage-...
10. Mai 2025

Thüringer Allgemeine

9. Mai 2025

AfD in Thüringen: Wählerpotenzial steigt auf neuen Höchstwert

Laut einer neuen Insa-Analyse wächst das Wählerpotenzial der AfD in Thüringen auf 43 Prozent.

Im politischen Selbstverständnis von *Gemeinsam für Deutschland* galt die *AfD* als die einzige parlamentarische Kraft für die Themen Migration und Frieden. Dementsprechend war ein weiteres, den Dritten Aktionstag am 31. Mai 2025 prägende Thema das Hin und Her bei der Bewertung der Bundes-*AfD* als „gesichert rechts-extrem“ durch den Verfassungsschutz Anfang Mai 2025.

Zum einen wurde die Einstufung durch den Verfassungsschutz in patriotischen Kreisen als Auftragsarbeit interpretiert, angeordnet von der damaligen Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Zum anderen wurde bemängelt, dass das der Einstufung zugrundeliegende „1.100“ Seiten starke Gutachten nicht öffentlich gemacht wurde, auch der *AfD* gegenüber nicht – und dass es ferner vom Innenministerium (unüblicherweise) nicht überprüft worden sei. Die *AfD* klagte unverzüglich gegen die Einstufung, die dann drei Tage später, unter dem neuen Innenminister Dobrindt, vom Verfassungsschutz von sich aus „vorläufig ausgesetzt“ wurde.

Im Mai 2025 war die *AfD* in Umfragen bundesweit die stärkste Partei (25%). Und für die patriotische Szenen war die Hochstufung der *AfD* als „gesichert rechtsextrem“ Teil eines abgekarteten Versuchs des faschistischen Establishments, ein *AfD*-Verbotsverfahren vom Zaun zu brechen: Weil der politische Siegeszug der *AfD* von den Altparteien, die gegen das Volk regierten, nicht aufgehalten werden konnte.



4. Mai 2025

1100 Seiten, keine Transparenz

Wie Faeser die *AfD* zur Gefahr erklärte

Einer der letzten Arbeitstage von Nancy Faeser als Innenministerin. Sie ist nur noch geschäftsführend im Amt – und zündet eine Bombe: Sie verkündet die Einstufung der gesamten *AfD* durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) als „gesichert rechtsextremistisch“. Vor Merz stapelt sich schon ein Problem-Berg: Migration, Bürgergeld, Ukraine-Krieg, Trump- und Wirtschaftskrise – und nun packt Faeser die *AfD*-Verbots-Debatte obendrauf.

Tino Chrupalla spricht von politischer Verfolgung, zieht bei „Welt“ krude DDR-Vergleiche: „Erich Mielke und Erich Honecker würden stolz auf Nancy Faeser sein.“ Er inszeniert die *AfD* in ihrer Paraderolle: als System-Opfer. Der Verfassungsschutz: Handlanger regierender politischer Gegner. Doch auch Experten sind schockiert: Rechtsprofessor Volker Boehme-Neßler (62, Uni Oldenburg) spricht von einem „skandalösen Vorgang“. Grund: Das BfV fälle öffentlich ein hartes Urteil, „begründet es wenig plausibel“ und halte „die angeblichen Belege für seine Einschätzung geheim“. Auch August Hanning, Ex-Nachrichtendienstchef, ist entsetzt: „Zeitpunkt und Form der Bekanntmachung begründen Misstrauen, dass eine konkurrierende Partei diskreditiert werden soll.“

Faeser-Nachfolger Alexander Dobrindt sagt, er sei erst zwei Stunden vor der Bekanntmachung informiert worden. Ebenfalls brisant: Der Verfassungsschutz ist derzeit führungslos. Altpräsident Thomas Haldenwang ist krank und geht Ende Mai in Pension. Das *AfD*-Gutachten kommt vom kommissarisch amtierenden Sinan Selen. Dobrindt muss einen neuen Präsidenten ernennen. Mit dem hätte er den Bericht prüfen und selbst entscheiden können, wie es weitergeht.

Das BfV begründet seine Einstufung im Kern mit „der die Menschenwürde missachtenden, extremistischen Prägung der Gesamtpartei“. Als Belege dienen u.a. Beiträge und Reden von Weidel, Chrupalla und anderen *AfD*lern. Beispiel: Hannes Gnauck (33), Ex-Chef der [mittlerweile aufgelösten] Jungen Alternative. Er sagte: „Wir müssen auch wieder entscheiden dürfen, wer überhaupt zu diesem Volk gehört und wer nicht. Es gehört mehr dazu, Deutscher zu sein, als einfach nur 'ne Staatsbürgerurkunde in der Hand zu haben.“



3. Mai 2025

AfD „gesichert rechtsextrem“

Faesers letzte Amtshandlung – warum gerade jetzt?

Harte Kritik kommt von ausgemachten Experten: Dem Rechtsprofessor Volker Boehme-Neßler (62, Uni Oldenburg) und August Hanning, einst nicht nur Chef des Auslandsnachrichtendienstes BND, sondern auch Koordinator aller deutschen Sicherheitsbehörden. Hanning: „Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist eine Verwaltungsbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und unterliegt den Weisungen des Ministeriums und der Ministerin.“ Boehme-Neßler: „Die neue Einschätzung der AfD ist eine interne Einschätzung einer Behörde, mehr nicht. Und diese Behörde ist nicht objektiv, sondern weisungsgebunden gegenüber der Innenministerin.“

Daran, dass der Zeitpunkt der Verkündung [durch Nancy Faeser persönlich bei einer Pressekonferenz in Wiesbaden] zufällig ist, glaubt selbst bei der SPD niemand. Faeser habe dies bewusst gemacht. Schließlich habe Ex-Verfassungsschutz-Chef Thomas Haldenwang das AfD-Gutachten schon für Weihnachten 2024 angekündigt. Und der Kampf gegen Rechtsradikale und die AfD habe bei Faeser ganz oben auf der Agenda gestanden. In der Union schäumen sie jedenfalls: Faeser und die SPD verfolgten eine eigene politische Agenda. Eine so schwerwiegende Entscheidung müsse dem Nachfolger überlassen werden. Faeser, so heißt es auch dort, sei nur noch geschäftsführend im Amt und habe ihre Kompetenz überschritten.

Effekt: Die AfD gibt die verfolgte Unschuld vom Lande und letztes Bollwerk der Demokratie: Alice Weidel und Tino Chrupalla erklärten: „Die heutige Entscheidung des Verfassungsschutzes ist ein schwerer Schlag gegen die bundesdeutsche Demokratie“. Bernd Baumann, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD im Bundestag, zu BILD: „Statt dem Wählerwillen zu entsprechen, greifen Merz und Klingbeil über SPD-Innenministerin Faeser samt dem ihr unterstellten Verfassungsschutz zu staatlicher Repression“.

Ein Skandal ist es, dass der Verfassungsschutz die Grundlagen für die Bewertung der AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ der Öffentlichkeit und damit auch der betroffenen Partei selbst aus Gründen der Geheimhaltung komplett vorenthält. Klar, ein Geheimdienst darf Geheimnisse haben. Doch dann hätte die Ministerin besser auch das Ergebnis des Gutachtens für sich behalten. Oder handelt es sich bei den über 1000 Seiten um eine eher dünne Suppe, die verborgen bleiben soll? Oder hatte Faeser die Sorge, ein neuer Verfassungsschutz-Präsident und die neue Regierung könnten das Gutachten der Kölner Schlapphüte anders bewerten, und wollte schnell Tatsachen schaffen? Das wäre noch bedenklicher.

TAGESSPIEGEL

5. Mai 2025

Nancy Faeser und das AfD-Gutachten Der letzte Fehler ihrer Amtszeit?

Praktisch im Alleingang hat Innenministerin Nancy Faeser die Hochstufung der AfD durch den Verfassungsschutz verkündet – und das an ihrem vorletzten Tag im Amt. Über Monate hatten Experten mit Sorgfalt und großem Aufwand an dem Gutachten gearbeitet. Jetzt wirkt es wie ein Schnellschuss. Die eigentlich versprochene Prüfung durch das Ministerium überlässt Faeser ihrem Nachfolger. Dazu muss man wissen, dass die Ministerin dieses Gutachten zumindest indirekt über Monate verschleppt hat. Denn anders als versprochen kam sie seit November 2024 ihrer Aufgabe nicht nach, den wichtigsten Posten des Bundesamts für Verfassungsschutz nachzubesetzen – nämlich den des Präsidenten.

Die Motive für Faesers Agieren beim AfD-Gutachten sind unklar. Eventuell hofft sie, dass man das Gutachten in ein paar Jahren als ihr politisches Vermächtnis ansieht. Ihrem Nachfolger hat sie damit womöglich gar einen Gefallen getan, denn sie nimmt ihm Verantwortung ab. Und sollte die Hochstufung der Rechtsextremisten als „gesichert rechtsextremistisch“ (wofür aktuell allerdings nichts spricht) doch von einem Gericht kassiert werden, wäre auch Faeser fein raus: Sie hat das Gutachten schließlich nicht geprüft und verließ sich auf die Fachleute des Verfassungsschutzes.

"Stramm rechts zu sein, ist nicht verboten"

Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer hat den Bericht des Verfassungsschutzes zur AfD kritisiert. Die Partei war darin als "gesichert rechtsextrem" eingeschätzt worden. Grundlage für den Bericht ist ein bislang nicht öffentliches Gutachten, aus dem aber der "Spiegel" zitiert hat. Für Palmer reichen die Argumente nicht aus.

"Wenn der Spiegel nicht einfach schlecht informiert ist, hat der Verfassungsschutz vor allem zusammengetragen, was öffentlich bekannt ist. Zumindest ist alles, was ich da lese, nicht neu", schrieb Palmer auf Facebook. Er bemängelte, dass ein Großteil der Informationen aus dem Feld stamme, in dem die AfD die größte Zustimmung in der Bevölkerung habe. "Begriffe wie 'Messer Männer' sind politische Zuspitzungen, aber kein Beleg für Rassismus", sagt Palmer. Der "Spiegel" berichtete, dass ein entsprechendes Zitat von Alice Weidel aus einem Interview von 2023 in dem Gutachten angeführt wird. Sie sprach darin von einem Phänomen der "Messerkriminalität", das "in unserer Kultur völlig unbekannt" sei. "Ist das wirklich alles?", fragt Palmer. Anlassfreie Messermorde im öffentlichen Raum seien "bis vor der Einwanderungswelle von 2015" unbekannt gewesen. "Der Verfassungsschutz sitzt dem verbreiteten Irrtum auf, dass alles Rassismus sei, was Unterschiede im Verhalten mit der Herkunft in Verbindung bringt. Ist es nicht, diese Unterschiede gibt es. Sie sind nur sozialisationsbedingt und nicht genetisch", argumentiert Palmer. Er unterstellt der AfD zwar ein völkisches Verständnis der Nation. "Aber zu behaupten, das sei verfassungsfeindlich, ist gewagt". Und: "Nur stramm rechts zu sein und migrationsfeindlich ist nicht verboten."



11. Mai 2025

Gastbeitrag von Boris Palmer

AfD-Verbot „wäre ein Entmündigungs-Experiment“

Es spricht durchaus einiges dafür, dass die Einstufung der AfD durch den Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ korrekt ist. Das heißt aber nicht, dass die AfD verboten werden kann oder muss. Dafür reicht es nämlich nicht aus, dass eine Partei oberste Verfassungswerte in Zweifel zieht oder ablehnt. Die Partei muss planvoll die demokratische Grundordnung beseitigen wollen. [Und] gut dokumentiert ist, dass die AfD in der Pandemie unseren Staat als Diktatur dargestellt hat, die Legitimität der Regierungen in Bund und Ländern sowie die Souveränität unseres Staates in Zweifel zieht, sich als einzige Vertretung eines angeblichen Volkswillens darstellt, den Parlamentarismus und andere Parteien verächtlich macht. Ich erlebe im Gespräch mit Bürgern, dass die AfD damit erfolgreich das Vertrauen in die Demokratie untergräbt, und das besorgt mich sehr. Aber ein Nachweis, dass die AfD tatsächlich planvoll die demokratische Grundordnung überwinden will, ist vom Verfassungsschutz bislang nicht vorgelegt worden.

[Auch] wenn die Sprache der AfD abstoßend ist, besteht das eigentliche Problem doch darin, dass erst nach Mannheim, Solingen und Aschaffenburg der Zusammenhang zwischen Asylzuwanderung und einer schockierenden Form von brutaler Gewalt im öffentlichen Raum allgemein anerkannt und Gegenmaßnahmen eingeleitet wurden.

Die in der Tat zahlreichen Belege für das ethnische Volksverständnis der AfD, etwa die Unterscheidung zwischen Passdeutschen und wahren Deutschen, als Angriff auf die Menschenwürde und damit als verfassungsfeindlich einzustufen, eignen sich nicht als Verbotgrund. Ein solches Volksverständnis ist zwar in einem Land, in dem ein Drittel der Kinder Migrationshintergrund hat, der sichere Weg in ein gesellschaftliches Desaster. Aber bis zu den rot-grünen Reformen des Staatsbürgerschaftsrechts waren Millionen in Deutschland geborene Kinder Ausländer, weil ihre Eltern es waren. Der Abstammungsgedanke war also zumindest in der alten BRD keineswegs verfassungsfeindlich oder gegen die Menschenwürde gerichtet und Helmut Kohl sicher kein Rechtsextremist.

Ein Parteiverbot erscheint mir mit den heute bekannten Informationen kaum begründet und wenig aussichtsreich. Der einzig richtige Weg scheint mir, jene Mehrheit der AfD-Wähler, die nicht gesichert rechtsextremistisch denkt und handelt, zurückzugewinnen. Das wird nur gelingen, wenn die Politik die Erwartungen dieses Viertels der Wählerschaft angemessen einbezieht: Sicherheit auf öffentlichen Plätzen schaffen, Recht und Ordnung herstellen, die Zuwanderung begrenzen und in den Arbeitsmarkt lenken, Arbeit wieder lohnend machen, den Staat beschneiden, wo er übergriffig oder dysfunktional wird und die Meinungsfreiheit verteidigen. Das lässt sich mit einer klugen Politik für die Mitte der Gesellschaft gut verbinden.

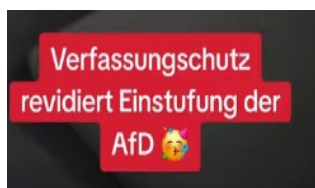
Verfassungsschutz bezeichnet AfD vorläufig nicht mehr als „gesichert rechtsextremistisch“

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) bezeichnet die AfD bis zu einer Gerichtsentscheidung über ein Eilverfahren nicht mehr öffentlich als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“. Der Inlandsgeheimdienst gab im Rechtsstreit mit der AfD eine sogenannte Stillhalteusage ab. Das BfV halte die Klage [gegen die Einstufung] „für unbegründet“ und bleibe inhaltlich bei seiner Einschätzung. Im 1108 Seiten starken „Follegutachten zu tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Alternative für Deutschland (AfD)“ vom 25. April 2025 werde „eingehend und umfassend dargelegt“, dass sich die Verdachtsmomente gegen die AfD „nach Zahl und Inhalt zur Gewissheit verdichtet haben“. Das „vorherrschende ethnisch-abstammungsmäßige Volksverständnis“, die „fremden- und minderheitenfeindlichen“ sowie „muslim- und islamfeindlichen Aussagen und Positionen“ seien eindeutig.

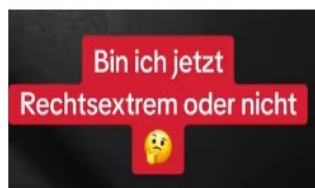
Die nun vom BfV gegebene Stillhalteusage bezieht sich nicht nur auf öffentliche Äußerungen, sondern bedeutet auch, dass der Verfassungsschutz die AfD bis zu einem Urteil nicht als gesichert extremistische Bestrebung beobachten kann. Die Beobachtung als Verdachtsfall - hier liegt die Hürde für den Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln höher - darf jedoch fortgesetzt werden.

Der Brandenburger AfD-Landeschef René Springer sieht in der jetzt pausierten Hochstufung durch den Verfassungsschutz „den letzten Rohrkrepierer der Ex-Innenministerin Nancy Faeser“. Er sagte dem RND: „Wenn die Altparteien uns als AfD bekämpfen wollen, dann sollen sie das politisch tun und nicht den Geheimdienst dafür einspannen.“

Am 9. Mai 2025 kommentierte 'Dennis' in zwei TikTok-Videos:



Das ist jetzt natürlich eine Backpfeife für alle Linken, Linksradikele, Grünen, die sich so sehr gefreut haben über die Einstufung der AfD als rechtsextrem. [Und] ich freue mich [daüber, dass] der Verfassungsschutz heute seine Einstufung zurückgezogen hat. Und ich hoffe, dass die Politiker langsam begreifen, dass man so einen politischen Gegner nicht ausschalten kann, schon gar nicht in einer Demokratie. Und ich hoffe sehr, dass ganz viele Menschen begreifen, was hier passiert, mit welchen Methoden hier gearbeitet wird.



Bis gestern galt ich als AfD-Wähler ja noch als rechtsextrem. Jetzt ist die AfD ja nicht mehr gesichert rechtsextrem. Bin ich dann auch nicht mehr gesichert rechtsextrem? Oder gar nicht rechtsextrem? Was bin ich denn jetzt eigentlich?

Grundrechte jetzt kommentierten analog. Es waren jedenfalls keine inhaltlichen Differenzen gewesen, die zum Bruch mit *Gemeinsam für Deutschland* geführt hatten:

Grundrechte.jetzt.

YouTube

«Faktisch ein Oppositionsverbot»: Anwalt Joachim Steinhöfel über das AfD-Gutachten

👉 Zur aktuellen Weltwoche-Deutschland-Ausgabe: <https://weltwoche.de/aktuelle-ausgabe>

t.me/grundrechte_jetzt/10962

May 7 at 16:04

Grundrechte.jetzt.

YouTube

Verfassungsschutz gegen AfD: Wie eine Geheimpolizei? Interview mit Dietrich Murswiek

Der Verfassungsschutz stuft die AfD als „gesichert rechtsextrem“ ein – eine politische Zäsur mit weitreichenden Konsequenzen.

t.me/grundrechte_jetzt/10957

May 6 at 21:10

Das politische Spektrum von *Grundrechte jetzt* auf Social Media im Mai 2025

Als gemäßigt-patriotische Bürgerbewegung im Geiste der Corona-Proteste und der Friedensbewegung 2.0 wandten *Grundrechte jetzt* sich gegen „Klimawahn“, die EU und LGBTQ-Bewusstsein als ideologische Repressionsinstrumente, gegen die Altparteien und „ihren“ Kanzler Merz, gegen die Alten Medien, gegen die deutsche Migrationspolitik, gegen Zionismus ... sowie gegen das faschistische Konglomerat, das alle zusammen bilden würden.

Grundrechte jetzt entsprachen den politischen Horizonten von *Gemeinsam für Deutschland*, wobei zweitens gegen LGBTQ-Menschen keine Dünkel hegten, nur die AfD (nicht das BSW) supporteten und ferner Israel-Themen nicht anschnitten.

Grundrechte.jetzt.

🗨️ US Verteidigungsminister Hegseth: „Keine Typen mehr in Kleidern – wir haben genug von diesem Scheiß“

🗨️ Wir lassen Wokeness und Schwäche hinter uns.

🚫 *Keine Pronomen mehr, keine Klimawandel-Besessenheit mehr, keine Notfall-Impfvorschriften mehr, keine Typen in Kleidern mehr.*

Wir haben mit dem Scheiß abgeschlossen. 🗨️

🌟 @findefehler

t.me/grundrechte_jetzt/10967

May 7 at 21:22

Grundrechte.jetzt.

Forwarded from Neues aus Russland 🗨️ Alina Lipp

🇺🇦 🇵🇱 Rebellion gegen EU-Symbol

🗨️ Der polnische Präsidentschaftskandidat Grzegorz Braun beendete die viel beachtete Aktion mit dem Entfernen der EU-Flagge und der demonstrativen Parole „Nieder mit dem Eurokommunismus!“

Sein Handeln ist nicht bloß eine Geste, sondern eine offene Herausforderung an das supranationale System, das den Ländern gemeinsame Regeln und Werte aufzwingt.

Braun steht als Symbol für den wachsenden Widerstand gegen globalistische Strukturen innerhalb Europas selbst.

t.me/grundrechte_jetzt/10964

May 7 at 18:53

Grundrechte.jetzt.

YouTube

FARLE: MERZ BEREITET KRIEG GEGEN RUSSLAND VOR!

Ex-Bundestagsabgeordneter Robert Farle schlägt Alarm: Die offen diskutierten Taurus-Raketenlieferungen an die Ukraine seien nicht Verteidigung, sondern „aktive Kriegsvorbereitung“. In einer eindringlichen Rede wirft Farle führenden CDU-Politikern, darunter...

t.me/grundrechte_jetzt/10961

May 7 at 08:47

Grundrechte.jetzt.

Forwarded from Prof. Dr. Martin Schwab Offiziell

DAS AFD-GUTACHTEN DES VERFASSUNGSSCHUTZES IST ZWAR GEHEIME VERSCHLUSSSACHE...

... aber der SPIEGEL kennt es offenbar schon. Und erklärt es hinter einer Bezahlschranke jenen, die (immer noch) bereit sind, für regierungstreue Hofberichterstattung Geld auf den Tisch zu legen:

Aus dem selbsternannten "Sturmgeschütz der Demokratie", das der SPIEGEL vielleicht früher einmal tatsächlich gewesen ist, ist die Kampfhaubitze der Regierung gegen Oppositionelle geworden.

Wenn Medien sich als Sprachrohr der Regierenden hergeben, pervertieren sie ihre Rolle. Dann haben sie aufgehört, die vielbeschworene "Vierte Gewalt" im Staate zu sein.

t.me/grundrechte_jetzt/10947

May 5 at 22:05

Grundrechte.jetzt.

Schweigen kann nicht die Antwort sein auf ein zunehmend immer totalitärer werdendes System.

Die Antwort muss sein: wir werden lauter. Wir lassen uns immer weniger gefallen.

Wir lassen uns unsere Meinung nicht verbieten.

Die Welt ist im Aufbruch. Von den USA weht ein neuer Wind der Freiheit.

Nutzen wir diesen "wind of chance". Die Geschichte wird allen Recht geben, die aufstehen gegen Meinungsdictatur und sich einsetzen für Bürgerrechte.

Nie wieder Faschismus.

Nie wieder Krieg.

t.me/grundrechte_jetzt/10939

May 4 at 16:22

Grundrechte.jetzt.

Forwarded from NachDenkSeiten – Die kritische We...



YouTube

Waffenlieferungen für den Frieden? Evangelischer Kirchentag als Steigbügelhalter der Politik | NDS

Waffenlieferungen für den Frieden? Evangelischer Kirchentag als Steigbügelhalter der vorherrschenden Politik |

Roderich „Der Krieg muss nach Moskau getragen werden“ Kiesewetter war zu Gast bei einer Podiumsveranstaltung beim Evangelischen Kirchentag. Er fragte das Publikum, ob es bereit sei, höhere Steuern für Hochrüstung zu akzeptieren. Auf dem Podium saßen weitere Vertreter einer Politik der harten Hand gegenüber Russland. Waffenlieferungen für den Frieden? Abschlachten auf dem Schlachtfeld für die vorgeblich „gute“ Sache? Mit dem Segen der Kirche? So kann die Botschaft verstanden werden. Die Evangelische Kirche sollte sich in Grund und Boden schämen. Ein Kommentar von Marcus Klöckner. 06. Mai 2025

t.me/grundrechte_jetzt/10968

May 7 at 21:41

Grundrechte.jetzt.



YouTube

Wer Krieg will, steht dem Faschismus sehr nahe
Patrik Baab

In den Medien gewinnen die Kriegsbefürworter mehr und mehr die Oberhand. Unterstützt werden sie vom Hauptstadtjournalismus.

t.me/grundrechte_jetzt/10911

Apr 30 at 12:57

Grundrechte.jetzt.



YouTube

Gesinnungsjustiz BKA Beamter bricht Schweigen
über Flüchtlingspolitik & Repression

t.me/grundrechte_jetzt/10915

May 2 at 13:27

Grundrechte.jetzt.



Das faschistische Regime in Israel begeht ganz offen einen Völkermord am palästinensischen Volk und die Welt schaut zu.

Nach dem Genozid an den Palästinensern muss die Frage einer internationalen Gerichtsbarkeit neu aufgegriffen werden. Ohne einen Prozess gegen die Verantwortlichen innerhalb des zionistischen Regimes für dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit (ein Nürnberg 2.0) kann durchaus die Existenzberechtigung eines jüdischen Staates auf palästinensischen Boden international neu bewertet werden.

Die Verantwortung Deutschlands aus den Schrecken des Nationalsozialismus kann nicht bedingungslose Solidarität mit Kriegsverbrechen sein, nur weil diese Juden sind. Die Verantwortung aus dem Terrorsystem der Nationalsozialisten muss bedeuten nie wieder darf von deutschem Boden ein Unrechtssystem unterstützt werden.

Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg.

Keine Waffenlieferungen in Kriegsgebiete.

Keine Waffenlieferungen an das zionistische Terrorregime.

t.me/grundrechte_jetzt/10936

May 4 at 16:11

Der Ekel vor LGBTQ, Wokeness & Co gipfelte am 9. Mai 2025 in diesen Post, angeregt von der Papstwahl (Leo XIV) am Tag zuvor.

Grundrechte jetzt waren seit ihrer Gründung ein Altherrenclub gewesen, die Erweiterung des Ekels auf Frauen allgemein war dennoch eine Überraschung.

Grundrechte.jetzt.



HABEMUS FOTZENFRITZ

Das Bild zeigt den Reichstag, von dessen Dach aus einem Schornstein regenbogenfarbiger Rauch aufsteigt.

t.me/grundrechte_jetzt/10993

May 9 at 18:10

Was gilt bei *Gemeinsam für Deutschland* als rechtsextrem ?

Nach dem zweiten Aktionstag hatte „Dennis“ (vgl. Teil 1 dieses Dossiers) sich mit deutlichen Worten von „Rechtsextremismus“ distanziert. Unter „Rechtsextremisten“ verstand er dabei organisiert auftretende Neonazis: Weniger sogenannte Stiefelnazis, als vielmehr deren heutige, modisch gestylten, vorwiegend U30er Pendants wie etwa *Der Störtrupp* oder *Zollern-Jugend*: Von den Ortsgruppen Berlin & Weimar hatte man sich bei *Gemeinsam für Deutschland* bereits getrennt: Und etliche andere dürften sich ungewiss sein, ob sie jene, vom Bundes-Chef „Dennis“ verkündeten Distanzierungen vor Ort dann umsetzen würden. Nämlich die Kundgebung aufzulösen, falls erkennbar organisierte Neonazis sich einfinden würden ... Betreffend Karlsruhe konnte man da in dieser Hinsicht eher nicht davon ausgehen angesichts deren Abfeiern der *Identitären Bewegung* Mitte Mai 2025:

Am 15. Mai 2025 hatte die Polizei am Flughafen München sechs Männer und zwei Frauen über mehrere Stunden festgehalten und befragt. Die acht Personen wollten mit einem Linienflugzeug nach Italien reisen. Gegen sie wurde eine Ausreisesperre nach Italien, Österreich und die Schweiz angeordnet, die bis Samstagabend gelten sollte. Damit sollte die Teilnahme an einem "Remigrations"-Gipfel in Mailand verhindert werden. Dort war Martin Sellner Hauptredner. (vgl. t-Online am 18. Mai 2025)

Grundrechte.jetzt.

18. Mai 2025

COMPACT Online

Sie sind in Mailand: Identitäre trotzen Ausreiseverboten! -

Paukenschlag: Die Aktivisten der Identitären Bewegung, denen in der Nacht auf Freitag durch die Bundespolizei ein Ausreiseverb...

Paukenschlag: Die Aktivisten der Identitären Bewegung, denen in der Nacht auf Freitag durch die Bundespolizei ein Ausreiseverbot erteilt wurde, sind auf dem Remigrations-Kongress in Norditalien aufgetaucht. Sie haben die Behörden ausgetrickst. Und wollen ihre Botschaft, die auch COMPACT im Sortiment liefert, verbreiten:

Seit Samstagvormittag findet in der Nähe der norditalienischen Metropole, in einem örtlichen Theatergebäude, der große Remigrations-Kongress „Resum 2025“ statt. Die Stimmung ist friedlich, viele junge Mitstreiter aus ganz Europa sind erschienen, dazu ein größeres Aufgebot interessierter Journalisten. .

Weil die Anhänger der Identitären Bewegung durch einen Auftritt im Ausland das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland gefährden würden, wurde ihnen kurzerhand die Ausreise untersagt. Sie hätten, so wollte es die BRD, niemals in Italien dabei sein dürfen. Doch es kam anders.

Die Angst der Behörden vor Remigration ist riesig, dabei spricht sich längst herum: Ausländerrückführung funktioniert – wenn man es nur will. Und zwar 100% rechtsstaatlich! Das schreibt auch [Martin Sellner](#) in seiner COMPACT-Edition und in seinem Buch „Remigration. Ein Vorschlag“ nicht vorbei.

dasoriginal4

Dennis79#TeamwirGfD

20. Mai 2025

Wenn wir ein Problem mit
"Rechten" haben, warum
müssen denn Weihnachtsmärkte
und Volksfeste gesichert werden
und nicht Moscheen 🤔

Andererseits gab „Dennis“ kurz vor dem Dritten Aktionstag in einem *TikTok*-Beitrag zu verstehen, dass er unter einer politisch wie auch immer extremen Haltung nur eine gewaltbejahende verstehe.

Der Dritte Aktionstag in Deutschland (31. Mai 2025)


Beim Dritten Aktionstag hatten Ortsgruppen nur in elf Städten (in elf Bundesländern) für Kundgebungen mobilisiert: In Magdeburg, Frankfurt a.M., Bingen, Sankt Wendel, München, Hamburg, Reutlingen, Heide (SH), Münster, Oranienburg und Hannover

Bis zum Zweiten Aktionstag war es noch der Markenkern des Projekts gewesen, dass man in allen Bundesländern mindestens eine Ortsgruppe in das Franchise-System hatte einbringen können, um ein bundesweites Netz als Image anzubieten.

Für den Dritten bundesweiten Aktionstag hatte man bei den im Franchise-Verband verbindlichen Themenkatalog erweitert: Hinzugekommen waren „Volksentscheide“, „Keine Bargeldabschaffung“ und ein „NEIN zu Friedrich Merz als Bundeskanzler“.



Das OAT Hamburg analysierte im Vorfeld des Dritten Aktionstages am 25. Mai:

<p>Instagram  oat_040</p> <p>Was vor zwei Monaten noch aus einem etwas verwirrten Querdenkenspektrum zu kommen schien, muss mittlerweile als ein Versuch eines Aufbaus einer rechten Straßenpräsenz in der BRD verstanden werden.</p>	<p>Das nationalistische Motto „Gemeinsam für Deutschland“, die schwarz-rot-gold Ästhetik und die Forderungen nach dem „Schutz der Bevölkerung“, sowie „Flächendeckenden Grenzkontrollen“ stoßen bei Jungnazi Gruppen auf Begeisterung.</p>	<p>Mit einfachen Antworten auf komplexe Fragen, mit Rassismus und nach unten treten finden vor allem junge Männer momentan ein Anschlusspunkt für ihre Unzufriedenheit mit den Verhältnissen.</p>
---	--	---

Aber die Luft war draußen, in Reutlingen und in den anderen Städten. Das Projekt *Gemeinsam für Deutschland* hatte zu versanden begonnen. Nach den Distanzierungen gegenüber den trittbrettfahrenden organisierten jungen Nazigruppierungen waren zu wenige Demoteilnehmende verblieben, als dass man sich noch von den vielen anderen versandeten Projekten, die von Social Media heraus auf die Straßen gewollt hatten, unterschieden hätte. Man hatte darauf gesetzt, ein Selbstläufer zu werden: Ohne Personenkult, ohne Szenestars, nur aufgrund der Inhalte. Aber auch die Patriotische Szene ist eine „Gesellschaft des Spektakels“ (Guy Debord)

Die deutsche Migrationspolitik und die deutsche Ukrainepolitik waren die zentralen Themen des Dritten Aktionstages von *Gemeinsam für Deutschland*.

Die deutsche Asylpolitik hatte sich mit dem Amtsantritt Alexander Dobrindts als Bundesinnenminister Anfang Mai 2025 deutlich verschärft. Die Frage war nun, ob die Ortsgruppen von *Gemeinsam für Deutschland*, die politisch in der Regel bei der *AfD* und rechts davon zu verorten waren, damit zufrieden waren → Nein.



So verschärft sich Deutschlands Asylpolitik an den Grenzen

12.05.2025

Der neue Bundesinnenminister Alexander Dobrindt von der konservativen CSU lässt die deutschen Außengrenzen schärfer kontrollieren. Dabei sollen auch Asylsuchende an der Grenze zurückgewiesen werden, wenn sie keine gültige Einreisepapiere vorweisen können oder bereits in einem anderen Staat der EU einen Antrag gestellt haben. Davon sollen Schwangere, Kranke, unbegleitete Minderjährige und andere vulnerable Gruppen ausgenommen sein.

Die Zurückweisungen sind rechtlich umstritten. Artikel 18 des deutschen Asylgesetzes lautet: "Dem Ausländer ist die Einreise zu verweigern, wenn er aus einem sicheren Drittstaat einreist." Dies ist an deutschen Grenzen überall der Fall, weil alle Nachbarstaaten als sicher gelten. Europäische Regeln sehen aber vor, dass zunächst geklärt werden muss, welcher Staat für das Asylgesuch des Migranten zuständig ist. Das ist normalerweise der Staat, den ein Migrant oder eine Migrantin erstmals in der EU betreten hat. Faktisch kamen aber bisher viele von ihnen doch nach Deutschland und bleiben aufgrund komplizierter Verfahren häufig auch. Eine Alternative wäre die Anwendung des sogenannten "Notlagen"-Artikels 72 im EU-Vertrag. Danach kann vorübergehend zur "Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit" von EU-Recht abgewichen werden. Die Hürden sind allerdings hoch. Bundeskanzler Friedrich Merz sagte in Brüssel: "Es hat niemand in der Bundesregierung, auch ich persönlich nicht, eine Notlage ausgerufen". Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, hält unterdessen Zurückweisungen von Asylbewerbern für rechtens. Der "Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte er: "Es gehört aus meiner Sicht zum unverzichtbaren Souveränitätsrecht eines Staates, nicht jede Person einreisen zu lassen, die das Wort 'Asyl' sagt. Es ist nach deutschem Recht möglich und richtig, wie auch nach europäischem Recht."

Deutschland Kurier

Heimat. Identität. Freiheit.

Grenzkontrollen: AfD-Innenexperte Curio spricht von „Wählertäuschung, Chaos und Arbeitsteilung“

Deutschlands „neues Grenzregime“ ist seit dem 8. Mai in Kraft, auch Asylsuchende werden inzwischen in geringer Zahl zurückgewiesen. [In den ersten beiden Tagen] war das in – ACHTUNG – sagenhaften 19 Fällen der Fall, wie „Bild am Sonntag“ berichtete. Für die AfD-Fraktion steht fest, wie ihr innenpolitischer Sprecher Gottfried Curio laut „Welt“ sagte: „Beim gegenwärtigen Grenzregime der Union herrscht nur noch Chaos.“ Es scheine eine „Arbeitsteilung zu herrschen bei der Wählertäuschung. Merz bekundet nach außen: Alles geschieht nur in Absprache mit den Nachbarn, es gibt keine nationale Notlage. Dobrindt sendet hingegen nach innen: Wir weisen zurück“ – eine TV-wirksam inszenierte „Wählertäuschung“. [Denn] zugleich teile Dobrindt aber der Bundespolizei mit, dass die Zurückweisung auf Grundlage von Paragraph 18 Asylgesetz nur eine „Kann-Bestimmung“ sei – „was laut Gesetzestext gerade falsch ist“, betonte Curio. Die SPD wiederum vertrete die Auffassung, es gebe gar keine Anweisung zur umfassenden Zurückweisung. Curio warf Kanzler Merz vor, im Wahlkampf „vollmundige Ankündigungspolitik“ betrieben zu haben; nun verlasse den Regierungschef „schon jeglicher Mut zur eigenen Courage – was übrigbleibt, ist Chaos!“

Hinzu kam, dass die eben erst eingeführten Grenzkontrollen zeitlich sehr begrenzt durchgeführt werden würden und zudem letztlich wirkungslos waren. Die von Friedrich Merz im Wahlkampf angekündigte „Asylwende“ war im Mai 2025 nicht erkennbar, was den AktivistInnen und Demobesuchenden von *Gemeinsam für Deutschland* (und allen anderen PatriotInnen) sicherlich Aufwind gab.

ntv Merz' neue Grenzpolitik schreckt Geflüchtete nicht ab
22. Mai 2025 — Die neue Bundesregierung zieht die verschärften Grenzkontrollen durch: N-TV

BaZ Migration: Asylwende von Friedrich Merz ist Gepolter
22. Mai 2025 — Deutschlands Asylwende ist nichts als Gepolter. Das Basler Zeitung
«Einreise-Verbot» ist populistische Symbolpolitik: laut, aber wirkungslos.

tagesschau.de 19. Mai 2025
Grenzkontrollen laut GdP "nur noch einige Wochen" machbar
"Mit verschärften Grenzkontrollen und unabgestimmten Zurückweisungen auch von Asylsuchenden gehen wir allerdings ein Risiko ein,

MDR Grenzkontrollen bewirken kaum Zurückweisungen, ...
22. Mai 2025 — Die Polizei kontrolliert in großen Maßstab an Deutschlands Außengrenzen. Asylbewerber sollen bei den Grenzkontrollen abgewiesen werden.

WELT Grenzkontrollen kosten über 50 Millionen Euro im Halbjahr
Seit dem 7. Mai gelten zudem verstärkte Grenzkontrollen und Zurückweisungen auch von Asylsuchenden mit Ausnahme von Kindern und Schwangeren. Innerhalb von einer ...

MDR Asylrechtsprechung kurz vor personellem Kollaps 22. Mai 2025
Die Bearbeitung von Asylanträgen steht kurz vor dem Kollaps, warnen Verwaltungsrichter in Thüringen. Es fehlten Richter im Land. Zudem sei die Zahl der ...

**ECHTE
ASYLWENDE:**

- ➔ Sichere Grenzen
- ➔ Abschiebungen
- ➔ Sozialleistungen für Illegale streichen
- ➔ Pullfaktoren abschaffen
- ➔ keine neuen Unterkünfte

**MERZ-
SHOW:**

➔ Paar Wochen vereinzelte Autobahnkontrollen



AfD
Landesverband
Niedersachsen

22. Mai 2025

zdf heute

CDU-Kanzleramtschef bei "Lanz"

21.05.2025

32 Asyl-Abweisungen - 14.000 Polizisten im Einsatz

In den ersten sieben Tagen der Maßnahmen wies die Bundespolizei 739 Personen an der Grenze zurück. Darunter waren auch Asylsuchende: Von 51 Antragstellern wurden 32 abgewiesen. Dafür wurde die Präsenz der Grenzpolizei von 11.000 Bundespolizisten auf 14.000 erhöht. Markus Lanz machte darauf aufmerksam, dass im gleichen Zeitraum 1.535 Asylgesuche nicht an der Grenze, sondern im Landesinneren gestellt wurden, was darauf hindeutet, dass viele Asylsuchende trotz verstärkter Grenzkontrollen ins Land gelangen und ihren Antrag erst nach der Einreise stellen.

Mittelrhein-Deutsches-Tageblatt

„Das ist also die große Asylwende von Friedrich Merz?!“ – AfD-Politiker Münzenmaier entlarvt gebrochene CDU-Versprechen mit nur zwei Zahlen

22. MAI 2025

Sebastian Münzenmaier (AfD-MdB) veröffentlichte aktuell auf X folgende Bilanz: „Asylzurückweisungen? 32 – Neue Asylanträge? 1.535“. Dazu schreibt er: „Das ist also die große Asylwende von Friedrich Merz?!“ – eine Abrechnung mit einem Kanzlerkandidaten, der zuletzt viel versprochen hat, aber offenkundig wenig eingelöst hat. Friedrich Merz ist nicht erst seit gestern Teil des politischen Establishments. Er kennt die Mechanismen, die Gesetze und die Institutionen. Dass er trotzdem weiterhin auf wohlklingende, aber rechtlich kaum umsetzbare Versprechen setzt, zeigt: Es geht mehr um Wirkung als um Wahrheit. Wer eine „Asylwende“ ankündigt, muss auch liefern

Bei möglichen Lieferungen von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine war die schwarzrote Regierungskoalition ähnlich gespalten wie beim Migrations-Thema und ein gemeinsames Vorgehen (außer einem Verschleppen auf ein unverhofftes Kriegsende zu) im Grunde ausgeschlossen: Für die Patriotischen Bürgerbewegungen, die sich grundsätzlich zur *Friedensbewegung 2.0* zählten, ein weiterer Anführer ein „NEIN“ zu Friedrich Merz als Bundeskanzler.



Neue Koalition, alte Probleme? Taurus-Frage polarisiert erneut

Bei seiner ersten Ukrainereise als Bundeskanzler hat Friedrich Merz angekündigt, dass die Waffenlieferungen an die Ukraine von nun an nicht mehr mit der Öffentlichkeit geteilt werden sollen. Als Grund wurde mitunter die strategische Ambiguität genannt, sprich: Russland soll nicht schon im Voraus erfahren, mit welchen militärischen Mitteln Deutschland die Ukraine unterstützt. Wenn es um deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine geht, lässt die Debatte um den Taurus-Marschflugkörper nicht lange auf sich warten. Unter dem Mantel der strategischen Ambiguität könnte Deutschland die Waffen liefern, und würde so einer Debatte aus dem Weg gehen. Der Vorsitzende des SPD-Bundestagsfraktion, Matthias Miersch, hat jedoch bereits bestätigt, dass auch mit weniger Transparenz in der Kommunikation keine Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine geliefert werden. Die SPD würde die Lieferung der Taurus-Marschflugkörper weiterhin ablehnen, mit dem Grund, dass "wir keine Kriegspartei werden wollen". So sagte Miersch am 14. Mai im Deutschlandfunk, dass die strategische Ambiguität nun Regierungshandeln sei und er sich nun nicht mehr zu den Waffenlieferungen äußern würde und äußerte die Hoffnung, dass bei den Verhandlungen in der Türkei etwas erreicht werden könnte. "Können Sie Taurus für die Ukraine ausschließen, solange die SPD am Kabinetttisch sitzt", wurde Miersch im Deutschlandfunk gefragt. "Ich hab Ihnen ja gesagt, ich habe alles dazu gesagt", antwortet der SPD-Bundestagsfraktionschef und äußerte sich nicht weiter.



Merz sieht Taurus-Lieferung „im Bereich des Möglichen“

29. Mai 2025

Merz verwies zugleich darauf, dass dies eine mehrmonatige Ausbildung von Soldaten in der Ukraine erfordern würde. Wenn man das System in einem halben oder einem Jahr liefern würde, nütze es der Ukraine heute nichts, betonte Merz. Deshalb verbessere man die militärische Unterstützung des Landes heute. Deutschland und die Ukraine vereinbarten eine gemeinsame Produktion weitreichender Waffen: „Die Ukraine wird Woche zu Woche besser dastehen, auch in ihrer Fähigkeit, sich selbst zu verteidigen“, sagte Merz. Er sagte weiter, er nehme Russland die Bereitschaft zu Gesprächen erst ab, wenn es am Verhandlungstisch erscheine. Der Schlüssel zum Kriegsende liege allein in Moskau. „Wenn Russland heute die Waffen schweigen lässt, dann ist der Krieg heute Abend zu Ende“, erklärte Merz. Er gehe aber davon aus, dass Russland weiter versuchen werde zu verzögern und militärische Geländegewinne zu erzielen.

Der 31. Mai 2025 in Reutlingen

Die beim Zweiten Aktionstag (26. April 2025) aktiv gewesenen Ortsgruppen aus Balingen (*Albstadt steht auf*) und Reutlingen hatten fusioniert. Es kamen deutlich weniger Teilnehmende als beim Zweiten oder beim Ersten Aktionstag.

SWR» AKTUELL Politische Demonstrationen und Proteste in Reutlingen 31.5.2025,

Nach Angaben der Polizei sind rund 750 Menschen dem Aufruf gefolgt. Kurz vor 15 Uhr setzte sich der Protestmarsch bei der Reutlinger Stadthalle in Gang. Nach einer Tour durch die Innenstadt kamen sie später dort auch wieder an. Bei der letzten Demonstration im April konnten die Demonstranten wegen der Gegenproteste nicht durch die Reutlinger Fußgängerzone gehen. Gegen die Kundgebung des Bündnisses "Gemeinsam für Deutschland" gab es in Reutlingen auch wieder Protest. Laut Polizei beteiligten sich daran in der Spitze 500 Menschen.

Der 31. Mai 2025 in Frankfurt am Main

Nicht nur in Reutlingen, bundesweit war die Luft auch beim Gegenprotest raus.



"Gemeinsam für Deutschland"-Protest von Gegendemo blockiert 31.05.2025, 16:03 Uhr

Bei einer Demonstration der Protestbündnisses "Gemeinsam für Deutschland" in Frankfurt haben Gegendemonstranten für eine Blockade des Aufmarschs gesorgt. Bei dem Demo-Zug des Bündnisses seien rund 120 Teilnehmer unterwegs gewesen, teilte eine Polizeisprecherin mit. Die ca. 150 Gegendemonstranten seien dem linken Spektrum zuzuordnen.

Der 31. Mai 2025 in Münster

Klasse Gegen Klasse

Live-Ticker: Gegendemo – 31.05.2025 Gemeinsam für Deutschland Münster

- | | |
|--------------|---|
| 13:18 | Rund 600 Leute versammeln sich zur Gegenkundgebung. |
| 14:00 | Die rechte Aktion ist schlecht besucht. Kaum hundert Rechte wurden mobilisiert. Die Reden beschwören Recht und Ordnung sowie Angst vor Migration. Sie demonstrieren mit Russland-, Deutschland- und Kasachstanfahnen. |
| 14:30 | Straßenblockaden sind in vollem Gange. |
| 15:15 | Die Rechten setzen sich unter massivem Polizeischutz in Bewegung. |
| 15:40 | Durch die Blockaden musste die Demo eine alternative Route nehmen. |

Der 31. Mai 2025 in Hamburg

Hamburger Abendblatt 31.05.2025

AfD-Demo ein Flop? Gegendemonstranten deutlich in der Überzahl

Die AfD-Politikerin Nicole Jordan rief zu „Gemeinsam für Deutschland“-Aktion auf. Es kamen weniger als 100 Teilnehmer und mehr als zehnmal so viele Gegendemonstranten

Der 31. Mai 2025 in Hannover

In einem *youtube*-Video des patriotischen Anbieters *Wendezeit Hannover* sind beim Demozug von *Gemeinsam für Deutschland* 250 Teilnehmende zu zählen: Darunter etwa ein Drittel, das man dem Augenschein nach aufgrund von Kleidung oder Gebaren nicht gerne als Nachbarn hätte.



Aufzug Bundesländer-Demo 3.0 Hannover & Gegendemo - Gemeinsam für Deutschland 31.05.25

Linksextremisten links und rechts des Aufzugs.

Der 31. Mai 2025 in Bingen und München

Die Neuen Medien *Sputnik News* und *Klardenken.TV* boten am 31. Mai 2025 eine Konferenzschaltung aus Reutlingen, Bingen und München an. Bisweilen schwenkt die Kamera von RednerInnen ins Publikum. Das zählen fällt leicht. In Bingen sind auf dem Kundgebungsplatz etwa 50 Personen zu zählen, in München etwa 200, mit einem großen AfD-Transparent direkt hinter dem Lautsprecherwagen: Ein deutlicher Verstoß gegen die von „Dennis“ postulierte Parteilosigkeit.



#GfD #Demos LIVE Konferenz: Gemeinsam für Deutschland aus Bingen, München, Reutlingen #KlardenkenTV




Der 31. Mai 2025 in St. Wendel

Laut der Saarbrücker Zeitung waren in St. Wendel bei drei Demos “275 Demonstranten” unterwegs. Allein 100 davon bei einem “Gegenpicknick” zu *Gemeinsam für Deutschland*

Saarbrücker Zeitung Drei Demos und ein Großaufgebot der Polizei in St. Wendel

Der 31. Mai 2025 in Oranienburg

Das Neue Medium *Berlin Berlin TV* berichtete via *youtube* live. Vier Stunden lang waren 80 Teilnehmende allein mit sich.

 YouTube  Live:  Friedensdemo von GFD/Bundesweiter Protest in Oranienburg 310525

Der 31. Mai 2025 in Heide (Schleswig-Holstein)

„Dennis“ und seine *Bürgerinitiative Norddeutschland*, aus der heraus die Ideen für *Gemeinsam für Deutschland* erwachsen waren, lebten in Schleswig-Holstein. Da waren 150 Teilnehmende ein herbes Statement des Desinteresses. Zumal zwei Drittel davon im Verlauf der Demo durch Vermummung auffielen, was auf eine härtere Klientel als Wutbürger&Co hinwies, die man ja eingeladen hatte.



NDR 150 Demonstrierende bei "Gemeinsam für Deutschland"-Demo

Bei einer Demonstration der Gruppe "Gemeinsam für Deutschland" aus dem rechten Spektrum beteiligten sich etwa 150 Teilnehmende. Bei den Protesten wurden nach ersten Angaben der Polizei zwei Menschen festgenommen. Sie hatten laut Polizei versucht, eine Absperrung zu durchbrechen. Zudem hatten sich etwa 100 Personen trotz Verbotes vermummt - deswegen kam es zwischenzeitlich zu einem Stau bei der Demo. [Beim Gegenprotest] demonstrierten laut Polizei etwa 500 Teilnehmende.

Die Teilnehmendenzahlen waren ernüchternd. Und dazu hielt man sich bei den Ortsgruppen nicht wirklich an die vollmundigen Vorgaben von „Dennis“. Vielmehr machte, wie man auch auf dem KSC oft beobachten kann, jeder grad dass, wassa will. Das Projekt *Gemeinsam für Deutschland* sollte ein Einsehen mit sich haben und die Sache gut sein lassen.